

K O L U M N E



Andreas Renschler
 LADW-Vorsitzender und Mitglied des
 Konzernvorstands der Volkswagen AG

Ein entscheidendes Jahr 2018 erwartet uns in Lateinamerika!

Richtungsweisende Verhandlungen laufen derzeit auf Hochtouren: Neben einer möglichen Nafta-Neugestaltung gehen die Modernisierung des EU-Mexiko-Globalabkommens und das seit fast 20 Jahren erwartete Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur in die – hoffentlich – finalen Runden. Ob mit Erfolg oder nicht – das wird sich im kommenden Jahr zeigen. Die politischen Konstellationen für diese strategische Annäherung beider Regionen sind derzeit sehr gut. Das politisch günstige Zeitfenster könnte sich aber Mitte 2018 bedingt durch den Wahlkampf in Brasilien wieder schließen.

Auch in der zweiten großen Volkswirtschaft Lateinamerikas, Mexiko, wird es im nächsten Jahr spannend: Dort stehen im Juli Wahlen für das Staatsoberhaupt sowie Senatoren und Abgeordnete an. Und wie zuletzt in verschiedenen EU-Ländern sind die Ausgänge der Wahlen alles andere als gewiss! Gerade aber für Brasilien sind sie entscheidend. Erst kürzlich wurde die schwere und lange Rezession überwunden und die Wachstumsprognosen konnten wieder nach oben korrigiert werden. Zentrale Voraussetzung für die gute Konjunktur bleibt einmal mehr politische Stabilität. Auch Kolumbien wählt im Mai Präsident und Kongress neu. Und zusätzlich sorgt Argentinien für Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch die G20-Präsidentschaft – erstmals in einem südamerikanischen Land.

Daher ist es wichtig und richtig, dass auch wir die Entwicklungen in der Heimat von über 4.000 Unternehmen mit deutschem Hintergrund und knapp 50 Mrd. € Investitionsbestand genauer verfolgen und natürlich weiterhin mehr Lateinamerika wagen! ●

N O T I Z

NEUE DYNAMIK IN DER ZUSAMMENARBEIT MIT BRASILIEN

„In der Ära 4.0 sind zuverlässige Partnerschaften wichtiger und wertvoller denn je! Brasilien und Deutschland haben beste Voraussetzungen, wenn sie das digitale Potenzial gemeinsam ausschöpfen.“

LADW-Vorsitzender Renschler zur Eröffnung der Konferenz

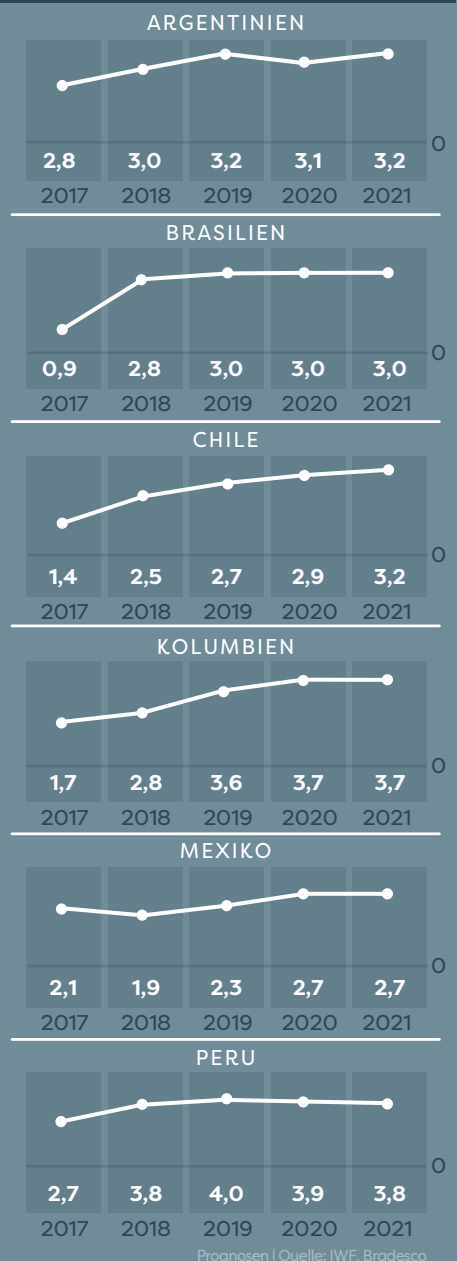


Auf den diesjährigen Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen Mitte November in Porto Alegre machten die über 2.000 Teilnehmer das starke Interesse am weiteren Ausbau der Zusammenarbeit deutlich. Man werde lokale und globale Herausforderungen – wie etwa die Digitalisierung – gemeinsam angehen.

Politik und Wirtschaft beider Seiten waren sich in der dort tagenden Gemischten Kommission einig, dass die EU-Mercosur-Freihandelsverhandlungen zügig und erfolgreich abgeschlossen werden müssen. Die angestrebte OECD-Mitgliedschaft Brasiliens eröffnet zudem neue Chancen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zum immer noch fehlenden Doppelbesteuerungsabkommen. Die nächsten Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage werden vom 24. bis 26. Juni 2018 in Köln stattfinden. Das sehr erfolgreiche Format wird vom BDI und seinem Partner CNI jährlich abwechselnd in Brasilien und Deutschland organisiert. ●

ZAHLEN FAKTEN & MEHR

TRENDS BIP-WACHSTUM 2021 (%)



DEUTSCHE WIRTSCHAFT IN LATEINAMERIKA

- Mehr als **4.000 UNTERNEHMEN** mit deutschem Hintergrund vor Ort
- 567.000 MITARBEITER** werden in der Region beschäftigt
- Über **49 MRD. € BESTAND DEUTSCHER DIREKTINVESTITIONEN**
- 120 MRD. € JAHRESUMSATZ**

Quelle: Auswärtiges Amt, Deutsche Bundesbank

LEITARTIKEL**ARGENTINIEN IST
HOFFNUNGSTRÄGER LATEINAMERIKAS****Der bisherige Erfolg der Regierung von
Mauricio Macri ist ein wichtiges Signal für
die anstehenden Wahlen in Lateinamerika.****Alexander Busch**
Korrespondent Handelsblatt, Wirtschaftswoche,
NZZ in Lateinamerika

Alexander Busch berichtet seit 25 Jahren von Brasilien aus über Lateinamerika für u. a. Handelsblatt, Wirtschaftswoche und NZZ. Jahrgang 1963. Wuchs in Venezuela auf. Besuchte die Kölner Journalistenschule und studierte in Köln und Buenos Aires Volkswirtschaft und Politik. Buchautor von u. a. „Wirtschaftsmacht Brasilien – Der grüne Riese erwacht“.

Es war kein Zufall, dass die aktuelle Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Buenos Aires stattfand. Die wegen dem wachsenden Protektionismus und der Blockadepolitik der USA schwer bedrängte WTO wollte mit dem Veranstaltungsort erstmals in Südamerika ein Zeichen setzen. Denn in Argentinien setzt Präsident Mauricio Macri seit zwei Jahren ziemlich genau die Politik um, welche sich die WTO bei ihrer Gründung auf die Fahnen geschrieben hat. Macri hat die Abschottungspolitik, den Staatsdirigismus und die My-country-first-Politik seiner Vorgänger im Präsidentenamt beendet. Die Chancen für eine nachhaltige Erholung Argentiniens stehen so gut wie schon lange nicht mehr.

In der Region wird Macri genau beobachtet. Denn in Lateinamerika stehen in den nächsten zwölf Monaten entscheidende Wahlen an. Zwei Drittel der Lateinamerikaner werden zu den Urnen gerufen, um neue Staatsoberhäupter zu wählen: Gerade in Chile, im Mai nächsten Jahres in Kolumbien, dann im Juli in Mexiko und im Oktober in Brasilien. Umso wichtiger ist, dass ein liberal-konservativer Präsident wie Macri zeigt, dass marktwirtschaftliche Reformen nicht nur Wachstum bringen und Armut reduzieren können – sondern sich mit ihnen sogar Wahlen gewinnen lassen.

Im Oktober bekam die Regierung Macri bei den Kongresswahlen ein klares Vertrauensvotum. Das hat selbst die Regierung überrascht. Über 50 Prozent der Argentinier stehen weiter hinter Macri. Das erstaunt, denn seit seinem Amtsantritt Ende 2015 hat der Sohn eines der reichsten Unternehmer des Landes die Wirtschaft Argentiniens im Schnelldurchgang wieder auf marktwirtschaftlichen Kurs getrimmt. Die Rückkehr zu freien Märkten und Wechselkursen sowie die Aufhebung von Preisstopps

auf öffentliche Tarife hatten 2016 jedoch zu einer schweren Anpassungsrezession bei hoher Inflation geführt. Inzwischen kommt die Wirtschaft aber in Fahrt. Die privaten Unternehmen beginnen zu investieren. Das Wachstum zieht erstmals an. 2,8 Prozent wird das Bruttoinlandsprodukt Argentiniens dieses Jahr zunehmen. 2018 sollen es mehr als drei Prozent werden. Die Regierung hat jetzt Reformpakete zum Steuersystem sowie den Arbeitsgesetzen in den Kongress eingebracht. So soll einerseits die Steuerlast der Unternehmen schrittweise gesenkt werden. Zu hohe Unternehmenssteuern sind einer der Hauptgründe für geringe Investitionen in Argentinien. Die Arbeitsgesetzreform soll andererseits die Lohnnebenkosten verringern – es sind die höchsten Lateinamerikas.

Die Regierung will Argentiniens niedrige Produktivität nach Jahrzehnten des Niedergangs wieder steigern. Der Reformbedarf im Staat und bei den Rahmenbedingungen der Wirtschaft ist enorm. Kritiker der Regierung weisen darauf hin, dass die Regierung bisher „nur“ korrigiert habe, was die Vorgängerregierungen falsch gemacht haben, es bisher jedoch noch zu keinen grundsätzlichen Reformen gekommen sei.

Strukturelle Reformen sind also wichtig, um die Unternehmen, das Ausland und letztendlich die Argentinier selbst davon zu überzeugen, dass die Regierung permanent weiter daran arbeitet, Argentinien zu modernisieren. Ein Reformstillstand würde auch schnell eine Stagnation in der Wirtschaft nach sich ziehen. Dann wäre auch die nächste Krise in Sichtweite. Mit dem Wahlsieg bei den Kongresswahlen hat sich die Gefahr einer politischen Stagnation deutlich reduziert.

Die Regierung will die beiden Reformen bis März durch den Kongress bringen. Die derzeit stattfindende Erholung der Konjunktur gibt ihr Rückenwind. Positiv ist zudem, dass die Regierung immer wieder auch traditionelle Gegner bei den Reformvorhaben einbindet, also Gewerkschaften wie oppositionelle Gouverneure. Das erhöht die Akzeptanz der Projekte. Normalerweise setzen argentinische Präsidenten ihre Gesetze per Dekret oder mit einer Mehrheit im Kongress durch. Das ist zwar kurzfristig effektiv, schafft jedoch langfristig Legitimationsprobleme. Macri hat mehrfach deutlich gemacht, dass er bei Reformen graduelle Umsetzungen bevorzugt, gegenüber den in Lateinamerika sonst so populären Schockprogrammen.

Für die Wirtschaft ist die anhaltende Popularität des Präsidenten nur zwei Jahre nach seinem Amtsantritt beruhigend. Der Planungshorizont für Unternehmen und die Politik hat sich erweitert: Die Chancen sind gestiegen, dass Macri bei den Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren im Amt bestätigt wird, um dann möglicherweise sechs Jahre regieren zu können. Das wäre ein Novum in der argentinischen Geschichte: Noch nie hat ein Präsident, der nicht zu den Peronisten gehörte, sein Mandat beenden können.

Für die Politiker in ganz Lateinamerika wäre das ein klares Zeichen, dass marktwirtschaftliche Reformen auch das politische Überleben sichern können. ●